

### Die ergebnislosen Vorverfahren und die Praxis der Staatsanwaltschaft.\*)

Eine Erwiderung und zugleich ein Beitrag zur Bekämpfung des  
Denunziantentums.

Von Gerichtsassessor Stelling in Hannover.

Unter obiger Überschrift hat in dieser Zeitschrift Bd. X, S. 656 ff. Herr Gerichts-Assessor Juliusberg in Breslau eine Abhandlung veröffentlicht, welche in mehrfacher Beziehung einer Ergänzung und, soweit die Thätigkeit der Staatsanwälte in Preußen einer Kritik unterzogen wird, auch einer Erwiderung bedarf. Im Eingange seiner Ausführungen weist der Herr Verfasser an der Hand der deutschen Justizstatistik auf die gewiß beachtenswerte Thatsache hin, daß die Zahl derjenigen Straffachen, in welchen entweder der Staatsanwalt das vorbereitende Verfahren eingestellt oder das Gericht die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt hat, von Jahr zu Jahr zugenommen und in Verbindung damit die Auslagen des Justizfiskus in erheblicher Weise sich vermehrt haben<sup>1)</sup>. Und wie

\*) Der folgende Aufsatz ist in großen Zügen schon vor Jahresfrist entworfen worden. Die Einzelausführung ist mir jedoch erst während meines September-Urlaubs möglich gewesen.

<sup>1)</sup> Das außerordentliche Anwachsen der Straffachen erhellt aus folgender Zusammenstellung: Bei der Staatsanwaltschaft Hannover waren:

I. an Untersuchungen anhängig:

1887 . . . . .	4530
1888 . . . . .	4628
1889 . . . . .	4869
1890 . . . . .	4912
1891 . . . . .	5298
1892 . . . . .	6056

viel verlorne Liebesmüh enthalten diese Straffachen, wieviel vergebliche Arbeit des Staatsanwalts und des Richters, wieviel kostbare, wahrlich oft besser zu verwendende — Zeit und — last not least — wie viele Kosten! Auch darin ist dem Herrn Verfasser recht zu geben, wenn er einen Hauptgrund für die erhebliche Zunahme jener ergebnislosen Vorverfahren in dem Denunziantentum erblickt, welches heutzutage in umfangreicher Weise blühe und täglich zunehme, vor allem angelockt durch die angenehme Aussicht des Denunzianten, als Zeuge gerichtlich sich vernommen und seine unbegründete Anzeige noch obendrein mit klingender Münze bezahlt zu sehen.<sup>1a)</sup> Unbegründet aber ist der gegen die königliche Staats-

Hierbei ist die Thätigkeit des Amtsanwalts außer Ansatz geblieben.

II. Das Tagebuch, welches sämtliche Eingänge überhaupt enthält, weist folgende Steigerung auf:

1885 . . . . .	53 640
1886 . . . . .	55 707
1887 . . . . .	57 970
1888 . . . . .	62 177
1889 . . . . .	63 962
1890 . . . . .	68 072
1891 . . . . .	74 827
1892 . . . . .	87 999

III. An Schöffensachen wurden beim Amtsgericht Hannover in wöchentlich vier Sitzungen, in denen dem Verfasser die Vertretung der öffentlichen Klage obliegt, verhandelt:

1888 . . . . .	1159	} Straffachen (Vergehen)
1889 . . . . .	1320	
1890 . . . . .	1520	
1891 . . . . .	1546	

- Auch hier ohne Einrechnung der amtsanwaltlichen Thätigkeit, deren Gegenstand ausschließlich die Verfolgung aller Übertretungen bildet. Dagegen ist außerdem einmal im Monat vom Verfasser die Schöffengerichtssitzung beim Amtsgericht Calenberg wahrzunehmen, so daß sich die Anzahl seiner Sitzungen in solcher Woche auf 5 erhöht.

IV. Die geringe Zunahme der Vergehenssachen vor dem Schöffengericht im Jahre 1890/91 erklärt sich daraus, daß weniger als bisher von der Überweisung der Straffachen (§ 75 des Ger.-Verf.-Gef.) Gebrauch gemacht worden ist. Daher zeigen denn auch die vor den Strafkammern verhandelten Sachen folgende erhebliche Zunahme:

1890 . . . . .	793
1891 . . . . .	891
1892 . . . . .	952

<sup>1a)</sup> Die R. St. P. O. enthält bekanntlich eine Vorschrift über die Art der richterlichen Vernehmung des Denunzianten als Zeugen nicht. Nach § 61 der

anwaltschaft erhobene Vorwurf, daß diese gerade durch Herbeiführung von vielfach ganz überflüssigen Zeugenvernehmungen durch die Gerichte indirekt das Denunziantentum und sein schädliches Wirken befördere. Gewiß: viele Anzeigen, welche bei der Königlichen Staatsanwaltschaft eingehen, tragen von vornherein den Stempel der Unglaubwürdigkeit an sich; jedem Staatsanwalt ist dies bekannt und keiner, behaupte ich, hat in dieser Beziehung einen bessern und geübtern Scharfblick, wie er. Oft sieht er sofort in einer Handschrift die Züge eines bekannten Querulanten, das ihm vertraute, vielfach bebrillte Gesicht eines Winkelkonsulenten alias „Privatsekretärs“ oder eines sonstigen, mit gewerbsmäßiger Anfertigung von Denunziationen sich beschäftigenden Individuums. Allein so sehr er es bedauern und die Ergebnislosigkeit der Untersuchung voraussehen mag: zur Einleitung der letztern und zur Vornahme von Ermittlungen behufs Feststellung des Sachverhalts, sowie insbesondere zur Entschließung darüber, ob die öffentliche Klage zu erheben sei — § 158 St. P. D. — ist er gesetzlich verpflichtet, § 168 daselbst. Ein Abweisen a limine, etwa auf die Person des Anzeigers hin, gibt es nach der D. St. P. D. nicht und eine Verfügung des Staatsanwalts, wie „Papierkorb!“ unter gleichzeitiger Bescheidung des Anzeigers gemäß § 170 St. P. D. wäre gesetzlich unzulässig. Juliusberg befindet sich daher im Irrtum, wenn er meint, der Staatsanwalt sei von vornherein in der Lage, durch Ablehnung der Einleitung der Strafverfolgung in vielen Fällen auf die Verminderung der ergebnislosen Untersuchungen und somit der Kosten derselben in erheblichem Maße hinzuwirken. Die Verpflichtung des Staatsanwalts, auch auf augenscheinlich böswillige Denunziationen hin strafrechtlich zunächst gegen den Beschuldigten vorzugehen, insbesondere den Anzeiger oder die etwa benannten Zeugen befragen zu lassen oder sonstige, oft langwierige und kostspielige Ermittlungen, z. B. durch Heranziehung, sowie Einsicht von

---

St. P. D. vom 25. Juni 1867 war der Anzeigende stets vom Richter „über alle Umstände, welche auf seine persönliche Glaubwürdigkeit und die Wahrscheinlichkeit seiner Anzeige von Einfluß sind, sowie über die etwa vorhandenen Beweismittel, nach Befinden auch über die Beweggründe seiner Anzeige zu befragen und auf die Strafen der wirklich falschen Anschuldigung hinzuweisen“. Ich erachte eine derartige Vorschrift für äußerst praktisch und nach meinen Erfahrungen auch für notwendig.

allerhand Akten der verschiedensten Art und der verschiedensten Behörden, vorzunehmen, kann man beklagen, aber nicht hinwegleugnen.

Einen neuen, ganz überraschenden Grund aber für die angeblich meist einseitige Stellung des Staatsanwalts dem Beschuldigten gegenüber glaubt Juliusberg entdeckt zu haben, er sagt: vielfach pflegen Staatsanwälte auf offenbar unglaubliche Anzeigen hin Ermittlungen deshalb vorzunehmen, „um überhaupt die Beschwerde an den Ober-Staatsanwalt zu vermeiden“. Ich weiß nicht, ob der Herr Kollege in Breslau jemals als selbständiger Dezernent bei der Königlich Staatsanwaltschaft beschäftigt gewesen ist und ihn als solchen wiederholt das Mißgeschick getroffen hat, auf erhobene Beschwerde gegen seine, die Strafverfolgung ablehnenden Bescheide vom Ober-Staatsanwalt reformiert zu werden. Jedenfalls würde sich dem Staatsanwalt, um die nach Juliusberg so unangenehme Beschwerde an den Ober-Staatsanwalt zu umgehen, ein viel einfacheres Mittel bieten: er erhebt in allen Fällen die öffentliche Klage und überläßt dann dem Richter, was aus der Sache werden soll. Lehnt dieser die beantragte Eröffnung des Hauptverfahrens ab, so ist der Staatsanwalt durch diesen Beschluß, welchen er dem Denunzianten mitteilt, — § 202 Abs. 3 St. P. O. — im übrigen aber mit der sofortigen Beschwerde natürlich nicht weiter ansicht, — § 209 Abs. 2 St. P. O. — völlig gedeckt!

Nein! die eventuelle Beschwerde an den Ober-Staatsanwalt fürchtet der Staatsanwalt nicht: sie ist für ihn niemals ein Motiv zur Einleitung der Strafverfolgung. Wer solches behauptet, zeigt nicht nur eine mangelnde Kenntnis der staatsanwaltlichen Thätigkeit, sondern erhebt zugleich auch gegen den öffentlichen Ankläger den unbegründeten und ungerechten Vorwurf der Leichtfertigkeit bei Erfüllung seines Berufes. Gerade die Frage, ob die Untersuchung gegen eine bestimmte Person einzuleiten, die letztere etwa wegen Betruges verantwortlich zu vernehmen sei, pflegt der Staatsanwalt auf das sorgfältigste und gewissenhafteste zu prüfen: ihm, der wie kein anderer im Leben steht, ist bewußt, welche ungeheure Bedeutung oft für den Ruf, ja für die ganze Existenz einer Person eine strafgerichtliche Untersuchung in sich schließt, er weiß aber auch, daß die Denunzianten in vielen Fällen weiter nichts bezwecken, als ihrem unliebsamen Gegner etwas anzuhängen und ihm namentlich die Qual zu bereiten, unter dem Drucke einer strafrechtlichen Untersuchung sich zu wissen. So sind denn die Fälle gar nicht selten,

in denen der Staatsanwalt diese häßlichen Pläne des Anzeigers durchkreuzt, den Sachverhalt durch Befragen desselben und benannter Zeugen auch ohne Vernehmung des Beschuldigten hinreichend aufklärt und die Untersuchung einstellt, ohne daß letzterer irgend welche Kenntnis davon erhalten hätte. Mit der Behauptung, die auch Juliusberg im Anschluß an Kroneder — Z VII 416 — wiederholt, daß die Staatsanwälte nur zu leicht die belastenden Momente, nicht aber die entlastenden Umstände in genügender Weise ermitteln, sollte man heutzutage im Ernste nicht mehr kommen: derartige Vorwürfe findet man nur noch bei gewissen Verteidigern, die, wenn sie zur Sache selbst herzlich wenig zu sagen wissen, mit der Person des Staatsanwalts und seiner angeblich einseitigen Stellung als öffentlichen Anklägers sich beschäftigen, von der schwarzen Brille, die der letztere trage, sprechen oder dergleichen ähnliches, heute schon ziemlich verrostetes Rüstzeug aus der Rumpelkammer der Verteidigung hervorholen. Staatsanwälte, welche nicht stets die Bestimmung des § 158 Abs. 2 St. P. O. im Auge haben und hiernach die Untersuchung leiten, gibt es heutzutage nicht mehr. Einigen Lesern mag ich hiermit etwas Neues sagen, der größern Mehrzahl jedoch nicht, wie ich glaube.

Ich bestreite auch entschieden, daß die Gerichte bei diesen Untersuchungen vielfach mit überflüssigen und, wie Juliusberg betont, „unwürdigen“ Requisitionen, die besser und zweckmäßiger von den Polizei- und Sicherheitsorganen, als von den Staatsanwälten zu erledigen seien, belastet würden. Es mag sein, daß hier und da, namentlich angehende, junge Staatsanwälte gerichtliche Vernehmungen in Fällen herbeiführen, wo eine Befragung des Zeugen, des Beschuldigten usw. durch den Gendarm oder die Polizei genügt hätte: solche Fälle sind aber sehr vereinzelt, der geübtere Staatsanwalt arbeitet — abgesehen von Haftsachen und verwickeltern Untersuchungen — ausschließlich mit den Polizei-Organen, nicht bloß deshalb, weil diese mit größerer Schnelligkeit ihre Aufgaben lösen, sondern auch, wie allgemein bekannt ist, vielfach mit größerer Sach- und Personalkennntnis die staatsanwaltschaftlichen Requisitionen zu erledigen pflegen, als der „den Verhältnissen ferner stehende Richter“.<sup>2)</sup> Der von Juliusberg als erwünscht bezeichnete Erlaß einer Ministerial-Anweisung für die Staatsanwälte in der Richtung,

<sup>2)</sup> Ein zutreffender Ausdruck von Kroneder, Goldammer 1881 S. 324.

mehr die Polizei- und Sicherheits-Organe, als die Gerichte zu requirieren, ist bereits unterm 25. November 1850 — Pr.-Just.-Min. Bl. Nr. 123 S. 398 — ergangen. Dort heißt es unter Nr. 2:

Ebenso ist bemerkt worden, daß die Staatsanwälte in vielen Fällen zur Vorbereitung der Anklage unnötigerweise gerichtliche Zeugenvernehmungen und selbst eine förmliche Voruntersuchung beantragt haben. Es wird deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß die gerichtliche Voruntersuchung (abgesehen von den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen) im übrigen möglichst vermieden werden muß. Die Anklage wird in sehr vielen Fällen, wenn nicht in den meisten Fällen, durch polizeiliche Verhandlungen genügend vorbereitet werden können; nicht selten wird sogar der erste Bericht des betreffenden Polizeibeamten bei gehöriger Vollständigkeit zur Begründung der Anklage ausreichen. Auf die Vollständigkeit derartiger polizeilicher Verhandlungen und Berichte, namentlich auch in der Beziehung, daß darin nicht bloß die Zeugen im allgemeinen aufgeführt, sondern auch die Thatfachen, welche jeder einzelne speziell bekunden kann, und die Quelle seiner Wissenschaft besonders hervorgehoben werden, müssen die Staatsanwälte durch geeignete Kommunikation mit den betreffenden Verwaltungsbehörden hinwirken. Vergleiche dazu die Allgemeine Verfügung vom 4. April 1854, Just.-Min.-Bl. S. 147 ff.

Nach dieser Anweisung haben die Staatsanwälte von jeher verfahren und verfahren sie auch heute noch. Extrahieren sie hier und da auch in einfachen Sachen eine gerichtliche Vernehmung, so geschieht dies niemals ohne bestimmten Grund und ohne ersichtlichen und in der Regel von ihm angegebenen<sup>3)</sup> Zweck. Wie häufig — wie jeder Praktiker weiß — sind die Fälle, in denen Beschuldigte oder Zeugen erklären, nur vor dem Richter ihre Erklärungen abgeben oder ihr Zeugnis ablegen zu wollen. Man denke auch an die zahlreichen Untersuchungsfachen, in denen ausnahmsweise die eidliche Vernehmung eines Zeugen gemäß § 65 St.P.O. oder die Gegenüberstellung desselben mit dem Beschuldigten behufs Rekognition des letztern erforderlich wird! Derartige Requisitionen sind auch

<sup>3)</sup> Vergl. Allgem. Verf. vom 1. April 1874 (Just.-Min.-Bl. S. 116), wo bestimmt ist, daß bei staatsanwaltlichen Requisitionen der Gerichte behufs Vernehmung von Zeugen stets der Gegenstand der Abhörung anzugeben ist.

oft in einfachen Straffsachen unbedingt geboten und, statt die Erledigung derselben als eine der Gerichte „unwürdige“ Thätigkeit — wie es Juliusberg beliebt — zu erklären, sollte man lieber dem Staatsanwalt in seinem Bestreben nach einer raschen und sorgfältigen Strafrechtspflege zu Hilfe kommen. Hier berühre ich nun einen Punkt, den Juliusberg bei Besprechung der Gründe, welche ihm für die erhebliche Zunahme der ergebnislosen Vorverfahren wesentlich erscheinen, und der Mittel, mit denen nach seiner Auffassung der unnötigen Belastung der Staatskasse durch diese resultatlosen Untersuchungen der Staatsanwälte wirksam begegnet werden könne, völlig überfieht, der aber bei Beantwortung der von ihm angeregten Frage nicht unerheblich in die Waagschale fällt: ich meine die Art und Weise, wie die Gerichte die Requisitionen der Staatsanwälte zu erledigen pflegen<sup>4)</sup>. Erscheint es überhaupt angemessen, von

<sup>4)</sup> Daß die gemäß § 136 St. P. O. vom Richter vorzunehmende „Eröffnung“ an den Beschuldigten in der Praxis vielfach eine den Absichten des Gesetzgebers nicht entsprechende ist, hat schon Kroneser — Goldammer 1881 — bemerkt. In neuerer Zeit pflegen diese Eröffnungen nicht mehr zu lauten: „daß er — Beschuldigter — sich eines Betruges, Diebstahls usw. schuldig gemacht habe“, sondern es wird meist der in den Formularen vorgedruckte Wortlaut: „Dem Beschuldigten wurde eröffnet, daß ihm zur Last gelegt werde . . .“ umgeändert in die Worte: „Dem Beschuldigten wurde eröffnet, was ihm zur Last gelegt werde — ohne Frage eine unzulässige Art der Protokollführung in der Regel und -fassung.

Mit Recht betont übrigens Kroneser, daß die Staatsanwälte verpflichtet seien, bei ihren Anträgen auf verantwortliche Vernehmung des Beschuldigten eine solche genaue Bezeichnung der strafbaren Handlung zu geben, daß über die Individualität der letztern, Art der Begehung derselben kein Zweifel obwalten könne. Jedoch möchte ich dies nur für Delikte mit verwickeltern Thatbeständen gelten lassen. In andern einfacheren Fällen, namentlich da, wo es sich z. B. nur um ein einziges, ganz bestimmtes Vergehen des Diebstahls oder des Betruges, um eine Beleidigung, einen Hausfriedensbruch usw. handelt, muß für den vernehmenden Richter der summarische Antrag des Staatsanwalts genügen, den pp. „wegen Diebstahls oder Betrugs“ oder „aus § 242, 263 St. G. B. verantwortlich zu vernehmen“. Aus den Akten, deren Inhalt auch der vernehmende Richter selbstverständlich genau kennen muß, ergibt sich dann näher das Objekt des Diebstahls, der Gegenstand des Betruges, die Art und die Zeit der Begehung der That, die Art der falschen Vorpiegelungen, insbesondere die Täuschung des Betrogenen usw. Viele Richter sehen jedoch, wie ich betonen muß, eingehende und genau formulierte Bezeichnungen der betreffenden strafbaren Handlungen und des Gegenstandes der Zeugen-Vernehmungen in den Anträgen der Staatsanwälte nicht gern, betrachten sie vielfach als unnötige Anweisungen und pflegen dieser Anschauung nicht selten bei Rücksendung der Vernehmungsprotokolle an den Staatsanwalt Ausdruck zu geben. So ist mir noch in diesen Tagen der Fall

einer Schuld der Letztern an den negativen Ergebnissen vieler vorbereitender Strafverfahren zu sprechen, so sollte man dabei die Pflicht der Unparteilichkeit nicht vergessen und sich fragen, ob den bei jenen Strafsachen sehr erheblich beteiligten Gerichten nicht auch ein voll gerütteltes und geschütteltes Maß zuzumessen sei. Diese Frage bejahe ich unbedingt, und ich werde den Beweis dafür antreten.

Unsre Strafrechtswissenschaft ist ja von jeher das Stiefkind der Mutter Themis gewesen und wenn sich auch in den letzten Jahren hierin vieles geändert: eins steht fest, ihre zivilistische Schwester erfreut sich trotz ihres höhern Alters und ihres hagern Aussehens bei den jungen Juristen im allgemeinen einer größern und innigern Zuneigung. Diese glaubt man wirklich studieren zu müssen, das tiefinnerste Wesen jener meint man zu kennen, wenn man einige Paragraphen des Strafgesetzbuchs et alia quaedam auswendig weiß. Die praktische Strafrechtswissenschaft ist zudem vielen Juristen „Die Welt, in der man sich langweilt“: bei dem vielfach mangelnden Interesse sucht man die Beschäftigung mit ihr möglichst bald mit einem andern Zweige der Jurisprudenz zu vertauschen. Anderseits wird man dem berechtigten Verlangen des zwar nicht genannten, aber doch jedem Praktiker bekannten Verfassers des Aufsatzes: „Gegen die Schwurgerichte“<sup>5)</sup>, daß zu Kriminaljuristen — und besonders in großen Städten — nur Männer mit ausgezeichnetem Scharfblick und hervorragender Erfahrung herangezogen werden sollten“, in der Praxis wohl nicht immer gerecht. Ich verkenne die Schwierigkeiten nicht, welche mit der von jedem Staatsanwalt so sehr begehrten, überdies auch einen glatten Geschäftsverkehr, sowie eine schnelle Strafrechtspflege überhaupt sichernden Einrichtung

vorgekommen, daß ein Amtsrichter, welcher um verantwortliche Vernehmung eines Versicherungs-Agenten wegen Betruges requiriert, insbesondere ersucht worden war, den Beschuldigten unter anderm angeben zu lassen, wie er die zu viel erhobenen Provisionen und Versicherungsgelder rechtfertigen könne, nach Erledigung der Requisition bei Rücksendung der Akten bemerkte, „daß dem unterzeichneten Gerichte auch ohne dortige (staatsanwaltschaftliche) Instruktion diejenigen Punkte klar gewesen sein würden, welche bei der Vernehmung des Beschuldigten in Betracht zu ziehen waren“.

Man sieht also, daß der Staatsanwalt, je sorgfältiger er die Untersuchung führt, desto leichter in die Lage kommen kann, der Souveränität des Richters zu nahe zu treten.

<sup>5)</sup> Z VII 417.

einer dauernden Besetzung der Strafgerichts-Abteilungen mit erfahrenen Kriminalisten verbunden sind. Das bereits hervorgehobene vielfach den jungen Juristen mangelnde Interesse für Strafrecht und vor allem die nicht zu bestreitende, durch die jährliche Zunahme der Strafsachen bedingte außerordentliche Ueberlastung jener Abteilungen gibt eine für jeden Eingeweihten hinreichende Erklärung. Sind auch in letzter Zeit wiederholt Verfügungen ergangen, die die möglichste Fernhaltung junger, in der Strafrechtspraxis noch nicht geübter Juristen von der Rechtspredung in Strafsachen bezweckten<sup>6)</sup>: die Erlebigung der staatsanwaltschaftlichen Requisitionen ist fast aus-

<sup>6)</sup> Vergl. Allgem. Verf. vom 12. Oktober 1882 (Just.-Min.-Bl. 1882 S. 306), in Erinnerung gebracht durch Verf. vom 8. Februar 1892 (I, 579), wo bemerkt wird, daß bei der in Gemäßheit der §§ 62 und 63 des Gerichts-Verf.-Ges. erfolgenden Verteilung der Mitglieder der Landgerichte unter die verschiedenen Kammern derselben anscheinend häufig von einer gewissen Unterschätzung der strafgerichtlichen Thätigkeit ausgegangen wird, indem man es geradezu als eine Anerkennung für größere Tüchtigkeit betrachtet, wenn ein Richter ausschließlich zur zivilprozeßualischen Thätigkeit herangezogen wird. Dieser Auffassung muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden.

„Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß für die Handhabung der Strafrechtspflege ebenso tüchtige Mitglieder erforderlich sind, als für die Handhabung der Zivilrechtspflege. Denn es bedarf keiner Ausführung, daß die sachgemäße Urteilsfällung in Strafsachen nicht nur für die von der Strafjustiz verfolgten Personen, sondern auch für das Gemeinwohl überhaupt von nicht geringerer Bedeutung ist, als die sachgemäße Urteilsfällung in Zivilprozessen; ja, es werden Fehlurteile des Strafrichters in ihren Folgen meist viel schwerer und in weiteren Kreisen empfunden werden, als solche des Zivilrichters . . . Als fehlerhaft ist es deshalb insbesondere zu bezeichnen, wenn solche Mitglieder, welche sich durch Frische der Auffassung auszeichnen, vorweg für die Zivilkammern in Anspruch genommen und dadurch der Rechtspredung in Strafsachen entzogen werden. Die Annahme, daß ein etwaiger Mangel an solcher Frische eher in einer Strafkammer, als in einer Zivilkammer ausgeglichen werden könne, ist eine irrige. Einen fernern Mißstand glaube ich darin erkennen zu sollen, daß die bei den Landgerichten als Hilfsrichter beschäftigten Gerichts-Assessoren vorzugsweise den Strafkammern zugewiesen werden. Die richtige Entscheidung der Schuldfrage setzt in zahlreichen und oft gerade in den wichtigsten Strafsachen bei dem Richter eine längere Erfahrung, eine tiefere Menschenkenntnis und eine Reife des Urteils, also gerade solche Eigenschaften voraus, welche von den jüngern, erst im Beginn ihrer richterlichen Thätigkeit stehenden Beamten billigerweise nicht in gleichem Maße wie von den ältern erwartet werden können. Deshalb wird in der Zuweisung von Gerichts-Assessoren an die Strafkammern mit Maß zu verfahren sein; mindestens aber sollte es vermieden werden, daß zwei Gerichts-Assessoren an der Urteilsfällung teilnehmen und möglicherweise bei der Entscheidung den Ausschlag geben.“

schließlich — jedenfalls in großen Städten — jüngern Elementen, nämlich Assessoren und Referendaren, übertragen. Macht sich schon der häufige Wechsel dieser Beamten wie für Zivilsachen, so auch für die Strafrechtspflege überhaupt in nachteiliger Weise bemerkbar: noch viel mehr gilt dies von der ihnen vielfach fehlenden praktischen Erfahrung, die bei Bearbeitung der Strafsachen im vorbereitenden Verfahren in die Erscheinung tritt. Ich will hier nur darauf hinweisen, daß Richter vielfach den Antrag des Staatsanwalts auf Verlängerung der Haftfrist um eine Woche — § 126 St. P. O. <sup>7)</sup> —

<sup>7)</sup> Dieser § 126 der St. P. O. ist nach meiner Meinung einer der ersten Paragraphen, welche bei der demnächst notwendigen Revision der St. P. O. beseitigt werden müssen. Auf die Frage nach der Stellung des Staatsanwalts und des Richters im vorbereitenden Verfahren hoffe ich demnächst eingehender zurückzukommen. Für jetzt nur so viel, daß ich für den Staatsanwalt die ausschließliche Entscheidung über die Verhaftung einer Person mit Entschiedenheit in Anspruch nehme. Den auf Erlaß eines Haftbefehls gerichteten Antrag eines gewissenhaften und erfahrenen Staatsanwalts der Prüfung eines jungen, „den Verhältnissen oft völlig fernstehenden Richters“ zu unterwerfen, ist ganz ungerechtfertigt und enthält zugleich ein völlig unbegründetes Mißtrauen gegen die, auch dem Staatsanwalt ebenso gut wie dem Richter innewohnende Gewissenhaftigkeit und Objektivität. Kann man sich dieses Mißtrauens gegen den öffentlichen Ankläger nun einmal nicht erwehren, so möge man dem vom Staatsanwalt Verhafteten die sofortige Beschwerde, aber nicht beim Amtsrichter, sondern bei der Strafkammer geben. Die Befugnis des Staatsanwalts zum Erlaß von Haftbefehlen kennt die St. P. O. bereits im Stadium der Strafvollstreckung: § 489.

Vielleicht ließe sich auch folgender Mittelweg für den Fall denken, daß man die von mir verlangte und für notwendig erachtete Erweiterung der gesetzlichen Befugnisse des Staatsanwalts als mit der völligen Vernichtung der verfassungsmäßig garantierten Freiheit des Individuums gleichbedeutend ansehen oder doch in dem von mir vorgeschlagenen neuen Rüstzeug des künftigen Staatsanwalts eine ernste Gefahr für die Sicherheit und Ruhe des deutschen Staatsbürgers erblicken sollte: man überläßt wie bisher dem Richter den Erlaß des Haftbefehls, gibt aber die Entscheidung über die Verlängerung der Untersuchungshaft dem Staatsanwalt, da dieser — abgesehen von Voruntersuchungssachen — die Untersuchung führt, mithin allein die Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit der Fortdauer der Letztern zu beurteilen vermag. Über eine längere als 4 Wochen dauernde Untersuchungshaft könnte ja dann auf sofortige Beschwerde des Verhafteten wiederum die Entscheidung des Richters eingeholt werden.

Über die praktische Unhaltbarkeit des jetzigen § 126 St. P. O. ist bekanntlich nur eine Stimme: man denke nur daran, daß die einwöchige Frist zur Erhebung der Anklage niemals genügt: der Staatsanwalt beantragt stets und ohne Ausnahme entweder sofort — was Löwe, Kommentar § 126 wohl mit Unrecht für unstatthaft erachtet — bei Beantragung der Verhaftung des Beschuldigten oder nach der Letztern und der verantwortlichen Vernehmung die Verlängerung der

allen Ernstes mit der Begründung abgelehnt haben, daß die einwöchige Frist zur Erhebung der öffentlichen Klage genüge! Als ob es dem Staatsanwalt hierauf allein ankäme! Auf die Möglichkeit, daß wiederholter Rückfall — §§ 244 oder 264 St.G.B.'s — vorliegen könne, sowie darauf, daß jedenfalls die Feststellung des strafrechtlichen Vorlebens des Beschuldigten, insbesondere seiner Vorstrafen, seiner Identität beim Verdacht falscher Namensangabe und dergl. durch Kommunikation mit den Heimatsbeziehungsweise Strafregisterbehörden unbedingt geboten erscheint, mußte der Richter erst durch eine Rückäußerung des Staatsanwalts hingewiesen werden.

Haftfrist um eine Woche, und der Richter bewilligt sie — mechanisch möchte ich sagen, da er die Akten niemals wieder in die Hände bekommt, streng genommen also die Relevanz des staatsanwaltlichen Antrages, insbesondere die Notwendigkeit einer Haftfristverlängerung gar nicht zu prüfen in der Lage ist, vielmehr der Gewissenhaftigkeit des Staatsanwalts ohne weiteres vertraut. Und da meine ich, ist es doch besser, dies berechnigte Vertrauen sogleich im Geſetze zum Ausdruck zu bringen und dem Staatsanwalt auch die alleinige Entscheidung über die Verhaftung des Beschuldigten, sowie über die fortdauernde Untersuchungshaft des Letztern zu übertragen. Nicht bloß der Staatsanwalt, sondern jeder mit den Aufgaben der staatsanwaltlichen Thätigkeit vertraute Strafrechtspraktiker wird mir hierin beistimmen. Vorschläge, wie sie Kroneder in dem citierten Aufsatz vor 10 Jahren gemacht und wie sie Juliusberg wiederholt, nämlich die geschlichen Befugnisse der Staatsanwälte, insbesondere zur Requirierung der Gerichte um Vernehmungen, noch weiter wie bisher zu beschränken, sind mir ganz und gar nicht verständlich. Auf der einen Seite pflegt man mit Vorliebe und nicht ohne den Ausdruck der Bewunderung hinzuweisen auf diejenigen fremden Nationen, deren schnelle Straffjustiz es ermöglicht, daß der Staatsanwalt den Verbrecher, wie z. B. kürzlich bei den Lohengrin-Aufführungen oder den Dynamitverbrechen in Paris, innerhalb weniger Tage dem Richter zur Aburteilung überweist. Sobald sich aber jemand unterfängt, hieraus die Ruhanwendung auf die Stellung und die Befugnisse des deutschen Staatsanwalts zu ziehen: sogleich schleppt man eilfertig auf der andern Seite wieder die geschlichen Fesseln herbei, die man für den deutschen öffentlichen Ankläger — Gott weiß aus was für Gründen — für unbedingt erforderlich erachtet und die keinen andern als einen lähmenden Einfluß auf den Gang des deutschen Strafverfahrens ausüben können. „Mehr Freiheit der Bewegung“ muß die Lösung und das Stichwort bei der Frage nach der künftigen Stellung des Staatsanwalts und seiner Hilfsbeamten sein! Dann werden Fälle nicht mehr vorkommen können, in denen, wie heutzutage nicht selten, Polizei und Staatsanwalt zu spät kommen! — Ich hoffe zuversichtlich, daß bei der künftigen Revision der St. P. O. auch den Staatsanwälten in den beratenden Kommissionen Sitz und Stimme gewährt und ihren, auf langjährige, vielseitige Erfahrung gestützten Ansichten und Wünschen mehr als bisher Gehör geschenkt werden möge.

Und nun die Vernehmung des Beschuldigten selbst! Richterliche Protokolle, welche weiter nichts wie die lakonische Erklärung des Beschuldigten enthalten: „ich leugne die Beschuldigung“ sind, wie jedem Staatsanwalt bekannt, gar nichts Seltenes. Und dabei steht der erste, notwendigerweise in einer eingehenden, umfassenden Vernehmung des Beschuldigten bestehende Angriff in Frage! Seine grundlegende Bedeutung für die Untersuchung und ihren schließlichen Ausgang wird bei solcher Art der Vernehmung völlig verkannt. Ferner wird trotz des entgegenstehenden Antrags des Staatsanwalts vielfach die sofortige Haftentlassung des oft in vollem Umfange geständigen Beschuldigten verfügt, weil, wie es kurz und bündig im gerichtlichen Protokolle heißt, Fluchtverdacht nicht begründet erscheine. Hat doch der Beschuldigte eine „feste und bestimmte“ Wohnung, K-Straße Nr. 4, angegeben, ohne natürlich dem, „den Verhältnissen ferner stehenden Richter“ zu verraten, daß diese „Wohnung“ weiter nichts ist als ein Schlupfwinkel für alles mögliche obdachlose Gefindel, eine bloße Herberge oder Schlafstelle, die der Verbrecher von heute auf morgen planmäßig und meist unter Angabe falscher Namen zu wechseln pflegt! Gehen wir den Gang einer solchen Untersuchung weiter: Die vom Staatsanwalt nunmehr veranlaßten Ermittlungen lassen den letztern einer strafbaren, gemeingefährlichen und oft geradezu gewerbsmäßig, namentlich in großen Städten — betriebenen Handlungsweise — Taschen- und Hausdiebstähle, Zechprellerei, Logischwindel und andre Arten des Betruges — entweder auf Grund seines Geständnisses schuldig oder doch hinreichend verdächtig erscheinen: der Thäter ist aber nicht wieder zu ermitteln, alle staatsanwaltschaftlichen Requisitionen nach seinem Aufenthalt sind vergeblich. Gelingt es dem Staatsanwalt, soweit die Schwere der That oder die Gemeingefährlichkeit des Thäters dies erfordern, den Erlaß eines Haftbefehls bei dem Richter durchzusetzen, so beginnt die steckbriefliche Verfolgung des Schuldigen, oft mit, vielfach ohne Erfolg. Jeder Sachverständige weiß, welch zahllose Strafjachen, in denen erfolglose Steckbriefe laufen, in den staatsanwaltschaftlichen Archiven von einem Jahr zum andern wie eine ewige Krankheit sich fortziehen, bis schließlich wegen Verjährung der Strafverfolgung die Einstellung des Verfahrens verfügt wird! Zu diesem Schritt sieht sich der Staatsanwalt ferner in vielen Fällen gezwungen, in denen mit Rücksicht auf die Geringfügigkeit des Delikts, die Jugendlichkeit des geständigen Thäters oder die verhält-

nismäßige Unerheblichkeit des verletzten Rechtsgutes und dergl. die kostspielige steckbriefliche Verfolgung nicht angezeigt erscheint<sup>8)</sup>). Und doch hätte oft gerade hier der geständige jugendliche Taugenichts, der arbeitscheue Bummeler, der freche Raufbold eine strenge gerichtliche Züchtigung verdient! Man wende nicht ein, daß der Staatsanwalt durch Herbeiführung einer richterlichen Handlung die Verjährung der Strafverfolgung nach § 68 St.G.B. unterbrechen und auf diese Weise auch noch nach Jahren das begangene Verbrechen der verdienten Sühne entgegenführen könne. Nein, die Erfahrung spricht gegen die Zweckmäßigkeit eines solchen Verfahrens und jeder Kriminalist weiß, daß die ursprünglich für die Schuld des Angeklagten herbeigeschafften Beweismittel, soweit sie überhaupt benutzbar bleiben, von Jahr zu Jahr an Wert verlieren, um schließlich bei der endlich zustande gebrachten mündlichen Verhandlung gegen den Thäter völlig zu versagen! Daher ist das Mittel der Unterbrechung der Verjährung der Strafverfolgung — von Ausnahmen natürlich abgesehen — in den weitaus meisten Fällen eine im Resultat erfolglose Maßregel.

Jene erwähnten Fälle, die einen nicht unwesentlichen Prozentsatz der ergebnislosen Vorverfahren der Staatsanwälte bilden, sind aber in der Praxis sehr häufig: sie sind aber auch um so bedauerlicher, weil sich vielfach nach der Haftentlassung des Schuldigen herauszustellen pflegt, daß der letztere den vernehmenden Richter wie über seine „feste Wohnung“, so auch über seine strafrechtliche Vergangenheit sowie über seine Personalien<sup>9)</sup> getäuscht und die bei

<sup>8)</sup> Vergl. Allgem. Verf. vom 22. Februar 1869, Just.-Min.-Bl. S. 62.

<sup>9)</sup> Auf die Feststellung der genauen und vor allem vollständigen Personalien der Beschuldigten wird bei den Gerichten viel zu wenig Gewicht gelegt, namentlich auch die Schreibweise der Eigennamen, Namen und Lage der Geburtsorte, Ermittlung der genauesten Militärverhältnisse nicht streng genug berücksichtigt. Vielfach sieht man derartige Dinge als ziemlich nebensächlich an und vergißt dabei völlig die Einrichtung der Strafregister, deren Führung ohne die peinlichste und sorgfältigste Aufmerksamkeit bei Angabe der Personalien der Verurteilten ganz unmöglich ist. Vergl. hierüber: Allgem. Verf. vom 12. Juli 1882 (Just.-Min.-Bl. S. 200).

Andererseits läßt sich nicht leugnen, daß vielfach auch staatsanwaltschaftliche Steckbriefe in betreff der Person des Verfolgten an einer gewissen Dürftigkeit leiden. Steckbriefe wie: „gegen den angeblichen Schreiber Ernst Schulze aus Breslau wegen Diebstahls“ — also ohne genaue Feststellung der Person des Thäters, ohne Angabe der vollen Vornamen, des bisherigen Wohnorts des Beschuldigten, seiner Eltern, der Religion, des Geburtstages und Geburtsortes,

ihm vorgefundenen Legitimationspapiere einem Dritten gestohlen hat. In solchen Fällen kommt der Staatsanwalt meist niemals zur Erhebung der Anklage, er verfügt vielmehr unter gleichzeitiger Einstellung des Verfahrens die Beglegung der Akten, da weitere Maßnahmen in Hinblick darauf, daß die Person des Schuldigen überhaupt nicht feststeht, aussichtslos erscheinen und Erfolg nicht versprechen. Auch die spätere Ermittlung des Thäters liefert vielfach kein besseres Resultat. Der geriebene Verbrecher, dessen eingehende richterliche Vernehmung ursprünglich bei seiner Verhaftung ja nicht stattgefunden hatte, wird nun von neuem durch Polizei oder Gendarm, vielleicht auch durch den Richter, vernommen; er hat aber inzwischen den Gegenstand der Beschuldigung nicht vergessen, vielmehr daneben sich eine hinreichende Kenntnis von den gegen ihn vorliegenden Verdachtsmomenten, belastenden Zeugenaussagen und dergl. verschafft, mit einem Wort: er erscheint auf seine Verteidigung wohl eingerichtet und tritt nun mit ganz neuen Einwendungen auf, deren Unrichtigkeit mit Rücksicht auf die Länge der Zeit, welche seit der ersten richterlichen Vernehmung verfloßen oder wegen eingetretener Unmöglichkeit, inzwischen verzogene oder sonst abwesende Zeugen zu ermitteln und zu befragen oder andre, mittlerweile für die Untersuchung verloren gegangene, wichtige Beweismittel herbeizuschaffen, nicht mehr nachzuweisen ist. Wie oft kommt es ferner vor, daß Zeugen den ursprünglich verhaftet gewesenen, jedoch wegen mangelnden Fluchtverdachts vom Richter freigelassenen, endlich nach unsäglichlicher Arbeit später wiederermittelten Beschuldigten nicht wieder zu erkennen, nicht mehr als Thäter bezeichnen zu können vermögen, weil ihnen in der Zwischenzeit die Frische der Erinnerung geschwunden ist, die Stärke ihres Gedächtnisses gelitten hat! Das schließliche negative Resultat des vorbereitenden staatsanwaltschaftlichen Verfahrens ist aber in allen solchen Fällen auf die dürftige

eventuell auch des Militärverhältnisses, endlich ohne jede nähere Mitteilung über Zeit und Gegenstand, sowie Ort der That (z. B.: „wegen Diebstahls einer Cylinderuhr, begangen am 1. Juli 1891 zu Breslau zum Nachteil seines Mitgefallenen Röncke“) — sollten nach meiner Überzeugung niemals erlassen werden. Genaue und vollständige Steckbriefe schließen nicht nur die große Gefahr der Verhaftung einer unschuldigen Person aus, sondern sie gewähren auch dem — stets ohne Akten — vernehmenden Richter die Möglichkeit, die Identität des Verhafteten mit dem steckbrieflich Verfolgten genau zu prüfen und schon auf Grund des Steckbriefs eine eingehende Vernehmung des Letztern über den Gegenstand der Beschuldigung herbeizuführen.

erstrichterliche Vernehmung des Beschuldigten, oft auch auf die nicht zu rechtfertigende Freilassung desselben zurückzuführen. Man wird gegen mich nicht den Vorwurf erheben wollen, daß ein eifriger Staatsanwalt stets bemüht oder doch geneigt sei, jeden Beschuldigten wenn nur irgend angänglich, hinter Schloß und Riegel zu setzen. Mit nichten! Kein Staatsanwalt hat ein besonderes Interesse daran, die ohnehin durch seinen Beruf bedingte, ruhelose, ihn jedenfalls fort und fort in Atem haltende Thätigkeit noch durch eine erhebliche Anzahl „Haftfachen“, deren Bearbeitung eine erhöhte Sorgfalt und gesteigerte Accurateffe erfordern, nicht unerheblich vermehrt zu sehen. Ich behaupte nur, daß in vielen Fällen die Gemeingefährlichkeit mancher Verbrecher und ihres Treibens, sowie die Art und die Lage ihrer Schlupfwinkel, die Gefahr der Kollusion, kurz das trübe Dämmerlicht, in welchem der Schuldige lebt und webt, von dem Richter im Vorverfahren nicht genügend erkannt, ja vielfach wegen seiner Unbekanntschaft mit den obwaltenden Verhältnissen völlig übersehen und eine Freilassung verfügt wird, wo die Verhaftung des obendrein noch geständigen Schuldigen und die damit in unmittelbarer Verbindung stehende schnelle Aburteilung und Bestrafung desselben unbedingt geboten gewesen wäre. Ich will auch ferner nur darauf hingewiesen haben, daß durch die vielfach nicht genügende Art der erstrichterlichen verantwortlichen Vernehmung des Thäters der weitere Gang des vorbereitenden Verfahrens oft in vollkommen verkehrte, notwendig mit negativen Ergebnissen abschließende Bahnen gelenkt wird.

„Ja, das sieht schon besser aus, man sieht doch wo und wie,“ möchte ich auch hier sagen. Geht man, wie ich gezeigt zu haben glaube, der Sache auf den Grund, prüft man im einzelnen die zahlreichen, von Juliusberg sowie gewiß von jedem Staatsanwalt tief beklagten ergebnislosen Vorverfahren des letztern, so schrumpft die Anzahl derjenigen Untersuchungen, die auf Grund augenscheinlich unbegründeter Anzeigen vom öffentlichen Ankläger eingeleitet und später eingestellt zu werden pflegen, auf einen minimalen Prozentsatz zusammen. Aber auch hier muß ich dem Herrn Kollegen in Breslau weiter entgegentreten und die Polizeibehörden gegen den von ihm erhobenen Vorwurf „leichtsinziger“ Anzeigen entschieden in Schutz nehmen. Täglich kommen Fälle vor, wo der Denunziant mit der Angabe, die Polizei oder der Gendarm habe seine Anzeige wegen mangelnden Verdachts für das Vorhandensein einer straf-

baren Handlung nicht aufnehmen wollen, beim Staatsanwalt erscheint; wiederum ist es nicht selten, daß die Anzeige zwar aufgenommen, der Anzeiger jedoch bei Übersendung derselben an die Staatsanwaltschaft ausführlich, oft unter gleichzeitiger Mitteilung seiner Personalakten, charakterisiert und dabei bemerkt wird, der Querulant habe sich nicht abweisen lassen, vielmehr — trotz erhaltener Belehrung, daß eine strafbare Handlung nicht, sondern nur ein Zivilanspruch vorliege, die Aufnahme der Anzeige und Übersendung derselben an den Staatsanwalt ausdrücklich verlangt. Wirklich unnütze und überflüssige Anzeigen gehen seitens der Polizei- und Sicherheitsorgane ohne ausdrückliche Angabe des Beweggrundes so gut wie gar nicht bei den Staatsanwaltschaften ein. Und wie vielen Untersuchungen wird durch eingehende mündliche Befragung des Anzeigers seitens der Staatsanwälte vorgebeugt! Immerhin sind ja, was ich gewiß nicht leugne, ergebnislose, auf grobe Leichtfertigkeit der Denunzianten zurückzuführende staatsanwaltschaftliche Untersuchungen noch sehr zahlreich, und Juliusberg fragt mit vollem Recht, wie diesem, die Staatskasse erheblich belastenden, Übelstände abzuhelpen sei.

Juliusberg verweist zunächst auf § 164 St.G.B.'s, der von den Staatsanwälten gegen den Anzeiger mehr als bisher geschehen, in Anwendung gebracht werden müsse, muß jedoch gleichzeitig selbst die außerordentliche Schwierigkeit derartiger Untersuchungen zugestehen, um schließlich einen Trost in dem Bewußtsein zu finden, daß, wenn der Denunziant auch meist nicht zur Strafe verurteilt werde, er doch immerhin unter dem heillosen Schrecken einer Anklage gestanden hätte. Ich halte von dem wohlthuenden Einfluß einer solchen Untersuchung für den Anzeiger nicht viel, und kein Staatsanwalt wird lediglich um dieser moralischen Wirkung willen gegen den Denunzianten aus § 164 St.G.B.'s vorgehen, schon deshalb nicht, weil eine ergebnislose Anklage wegen wesentlich falscher Anschuldigung keineswegs immer die beabsichtigte und von Juliusberg erhoffte, sondern leicht die entgegengesetzte Wirkung nach sich ziehen kann, daher ein besonnener Staatsanwalt eine solche Anklage immer nur mit bestimmter Borausicht einer sichern Verurteilung des Schuldigen erheben wird. Die vielfache Erfolglosigkeit derartiger Untersuchungen ist eben in der außerordentlichen Schwierigkeit des Nachweises begründet, daß der Anzeiger in der That eine Anzeige wider besseres Wissen, d. h. also mit der Kenntnis oder doch

mit dem Bewußtsein der objektiven Unwahrheit derselben gemacht habe<sup>10)</sup>. Solche Fälle sind, wie jeder Kriminalist weiß, verhältnismäßig selten. Ein andres probateres Mittel dagegen bietet sich, wie auch Juliusberg betont, in dem § 501 der St.P.O. Dieser Paragraph bestimmt bekanntlich, daß, wenn ein auch nur außergerichtliches Strafverfahren durch eine wider besseres Wissen gemachte oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlaßt worden ist, dem Anzeigenden die der Staatskasse und dem Beschuldigten erwachsenen Kosten auferlegt werden können.

Aber auch hier ist zunächst die Spreu von dem Weizen zu sondern: es sind nämlich auszuscheiden alle diejenigen, keineswegs seltenen Strafsachen, in denen überhaupt keine Kosten, weder für den Staat noch für den Beschuldigten erwachsen. Derartige kostenlose Untersuchungen sind sehr häufig in großen Städten, in denen Polizei und Staatsanwaltschaft gemeinsam ihren Sitz haben und durch ihre Organe unmittelbar miteinander zu verkehren pflegen. In solchen Sachen fallen Zeugengebühren, kostspielige Versendungen der Akten nach außerhalb und dergleichen Requisitionen der Staatsanwaltschaft fort, vielmehr wird der Thatbestand durch direktes Befragen der Beteiligten seitens der Polizeiorgane ermittelt, ohne daß dem Fiskus oder dem Beschuldigten Aufwendungen verursacht werden. Im übrigen aber würde ich mich freuen, wenn ich die zuversichtliche Hoffnung, welche sich Juliusberg von der Wirkung auch dieses Paragraphen verspricht, teilen könnte: ich muß vielmehr sagen, diese Bestimmung der Strafprozeßordnung, so gut gemeint sie auch sein mag, hat in der Praxis recht wenig Wert und jeder Staatsanwalt weiß zu erzählen von den trüben Erfahrungen, die er bei dem Versuch der Anwendung jener gesetzlichen Maßregel gegen den Denunzianten gemacht hat. Ich will anerkennen, daß die wenig glückliche Fassung des Paragraphen eine Hauptschuld daran trägt — und daß namentlich die Entscheidung der Frage nach dem Vorhandensein der subjektiven Schuld Momente auf seiten des Anzeigenden bei dem jetzigen Wortlaut des Gesetzes nicht leicht zu treffen und der Richter daher geneigt ist, nach dem Satz „in dubio mitius“ zu verfahren und die Anwendung der gesetzlichen Befugnis im konkreten Falle abzulehnen. Der Schwierigkeit des

<sup>10)</sup> Trotz meines Interesses für die Denunziantenwelt habe ich es dennoch während längerer Jahre kaum auf ein Duzend Anklagen wegen wirklich falscher Anschuldigung gebracht!

Nachweises, daß der Denunziant wider besseres Wissen bei Erstattung seiner Anzeige gehandelt, habe ich oben bereits gedacht. Daher ist man in der Praxis fast regelmäßig genötigt, auf die Frage nach dem Vorhandensein der andern subjektiven Voraussetzung zurückzugreifen und zu prüfen, ob dem Denunzianten nicht wenigstens eine „grobe Fahrlässigkeit“ zur Last zu legen sei. Hierunter pflegt man den höhern Grad der Fahrlässigkeit, die bewußte Culpa oder, wie Berner<sup>11)</sup> sich ausdrückt, die an den sogenannten Eventualdolus grenzende Frevelhaftigkeit (*luxuria*) zu verstehen. Aber auch der Nachweis dieses „groben“ Verschuldens ist außerordentlich schwer, und so pflegen die Gerichte den Antrag des Staatsanwalts gemäß § 501 St.P.D. in den weitaus meisten Fällen mit der kurzen Begründung abzulehnen, „daß nach Lage der Sache eine „grobe“ Fahrlässigkeit des Anzeigers im Sinne des Gesetzes nicht vorliege“. Ich halte daher die demnächstige Beseitigung der „groben“ Culpa und die Ersetzung derselben durch die einfache Fahrlässigkeit um so mehr für geboten, als durch eine solche Bestimmung gerade die Mehrzahl der Denunzianten getroffen wird, anderseits von jedem, welcher einen andern einer strafbaren Handlung z. B. des Betruges oder des Diebstahls zeugt, verlangt werden muß, daß er sich selbst und die eventuelle Gefahr seines Schrittes vorher ernstlich prüfe sowie auch die erforderliche Erkundigung einziehe, die ihm jede Polizeibehörde oder jeder Staatsanwalt auf das bereitwilligste gewähren wird<sup>12)</sup>. Thut er dies nicht, unterläßt es also, mit der erforderlichen Sorgfalt vorzugehen und auf die Ehre und den Ruf seiner Mitmenschen nicht die mindeste Rücksicht zu nehmen, so handelt er fahrlässig, leichtfertig oder „blind drauf los“<sup>13)</sup> und ein solcher Denunziant müßte nach meiner Meinung verdienstermaßen mit der Anwendung des § 501 St.P.D. ebenso getroffen werden können wie sein schuldvollerer Kollege, welcher wider besseres Wissen

<sup>11)</sup> Strafrecht § 98. — In der St. P. D. vom 25. Juni 1867 — Ges.-Samml. S. 993 — § 443 konnten dem Anzeigenden nur dann die Kosten auferlegt werden, wenn er zur Unterstützung seiner Anzeige wissentlich falsche Thatfachen vorgebracht hatte.

<sup>12)</sup> Vergl. die Worte des Abgeordneten von Schwarze: Prot. S. 726: Nicht das Mißlingen des von ihm (dem Denunzianten) angebotenen Beweises solle er büßen, sondern die von ihm zu vermeiden gewesene Leichtfertigkeit seiner Anschuldigung. Wer als Denunziant auftrete, habe die juristische und moralische Verpflichtung, sich vorher zu erkundigen.

<sup>13)</sup> Ein treffender Ausdruck von v. Liszt: Strafrecht 2. Aufl. S. 167.

oder aus „grober“ Fahrlässigkeit denunziert hat. Durch die geltende Fassung des Gesetzes wird bei Anwendung seiner Bestimmung nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil des Denunziantentums getroffen, während die nicht minder schuldvolle größere Hälfte desselben heutzutage frei ausgeht. Vielfach haben überdies die Gerichte die Ansicht vertreten, daß in denjenigen Fällen, wo nicht erhelle, ob, beziehungsweise welcher Betrag an Kosten dem Beschuldigten erwachsen sei<sup>14)</sup>, von der Anwendbarkeit des § 501 St. P. O. abgesehen werden müsse. Ich halte diese Auffassung nicht für zutreffend. Die Prüfung der Frage, ob dem Anzeigenden nach § 501 St. P. O. die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen seien, ist keineswegs von dem Nachweise abhängig, ob wirklich dem Staate oder dem Beschuldigten Kosten verursacht worden; vielmehr kann das Gericht dem desfalligen Antrage des Staatsanwalts<sup>15)</sup> entsprechen, wenn nach Überzeugung des Gerichts eins der beiden subjektiven Schuld momente auf seiten des Anzeigers vorliegt. Auf diesen Gesichtspunkt möchte ich um so entschiedener hinweisen, als durchweg in allen Fällen die Akten niemals einen Anhalt dafür bieten, ob und welcher Betrag an Kosten dem Beschuldigten erwachsen ist. Und doch kann der letztere sehr wohl einige Groschen für den Omnibus oder die Pferdebahn, um zur Polizei oder zum Gericht zu seiner Vernehmung zu gelangen, aufgewandt, ja bereits einen Rechtsanwalt gegen Bezahlung konsultiert haben, wiewohl eine Liquidation dieser Kosten zu den Akten nicht stattgefunden hat, und in der Praxis bekanntlich niemals stattzufinden pflegt. Gerichtsbeschlüsse, welche mit obiger Begründung den staatsanwaltshaflichen Antrag ablehnen, enthalten nicht nur eine Schädigung des Interesses des Beschuldigten, sondern entsprechen, soweit der Denunziant in Frage steht, auch gewiß nicht den Absichten des Gesetzgebers. Der § 501 St. P. O. hat aber noch eine andre, nicht genügend bekannte und den Denunzianten oft recht unangenehme, zugleich aber auch sehr heilsame überraschende Rehrseite: es wird nämlich für den nach dieser Bestimmung vom Gericht zu erlassenden Beschluß eine Gebühr von 100 Mark, 50 Mark und 20 Mark erhoben, je nachdem ein Ver-

<sup>14)</sup> Vorausgesetzt ist, daß auch dem Fiskus Kosten nicht entstanden sind.

<sup>15)</sup> Daß auch von Amts wegen das Gericht gemäß § 501 St. P. O. beschließen kann, ergibt sich unmittelbar aus dem Wortlaut des Gesetzes, obwohl solche Beschlüsse in der Praxis so gut wie gar nicht vorkommen.

brechen, ein Vergehen oder eine Übertretung den Gegenstand der Anzeige bilde<sup>16)</sup>. Diese Bestimmung ist vielfach für die Gerichte die Veranlassung, nur in den allerseltensten Fällen von der Befugnis des § 501 St. P. O. Gebrauch zu machen. Es sei mir gestattet, 2 Fälle aus der Praxis mitzuteilen, die außerordentlich lehrreich sind für die Auffassung, von welcher die Gerichte bei der Anwendung dieser Bestimmung auszugehen pflegen.

I. Ein Gläubiger, welcher von seinem Schuldner für gelieferte Waren einen Gelbbetrag von 7 Mk. 38 Pf. zu fordern hatte, mit diesem jedoch über die Art der Zahlung später in Differenzen geraten war, machte bei der Staatsanwaltschaft eine Anzeige wegen Betruges, jedoch nicht ohne gleichzeitig ausdrücklich zu bemerken, daß die Polizei die Anzeige nicht habe aufnehmen wollen, ihn (Anzeiger) vielmehr auf den Weg des Zivilprozesses verwiesen habe, da von dem Vergehen des Betruges nicht die Rede sein könne. Nach kurzer Feststellung des Sachverhalts trat der Staatsanwalt der Auffassung der Polizei bei, stellte das Strafverfahren ein und beantragte beim Amtsgericht, dem Anzeiger die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen, da seine Anzeige mindestens auf grober Fahrlässigkeit beruhe. Das Amtsgericht sandte zunächst die Akten mit der Anheimgabe zurück, den gestellten Antrag zurückzuziehen, da, wie die Akten ergeben, Kosten überhaupt nicht entstanden seien. Auf die Rückäußerung des Staatsanwalts, daß es nach seiner Meinung hierauf nicht ankomme, im übrigen aber auch die zu erhebende Gerichtsgebühr — § 69 des Gerichtskost.-Ges. — mit 50 Mark zu den Kosten zu rechnen seien, erging der nachfolgende Beschluß:

„Der Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft wird abgelehnt. Nach § 501 St. P. O. können, wenn ein Verfahren durch eine wider besseres Wissen oder auf grober Fahrlässigkeit beruhende Anzeige veranlaßt ist, dem Anzeigenden die erwachsenen Kosten auferlegt werden. Vorliegend fehlt es demnach an einer Voraussetzung für die Anwendung jener Bestimmung, da, wie die Akten ergeben, bisher überhaupt keine Kosten erwachsen sind. Gleichgültig erscheint es hiernach, daß durch einen dem Antrage der Königl. Staatsanwaltschaft stattgebenden Beschluß Kosten, nämlich die Gebühren dieses Beschlusses, erst erwachsen würden. Übrigens rechtfertigt auch gerade dieser letztere Umstand gleichfalls die Ablehnung des Antrages.

<sup>16)</sup> § 69 des Gerichtskostenges. vom 18. Juni 1878 R. G. Bl. S. 141.

Denn wollte man einen Beschluß nach § 501 für den Fall erlassen, daß Kosten überhaupt nicht erwachsen sind, so würde man, da in diesem Falle die von dem Anzeigenden zu tragenden Kosten lediglich in den Gebühren des Beschlusses bestehen würden, damit aussprechen, daß der § 501 eine in Tragung der erwähnten Gebühren bestehende Strafe für unbegründete Anzeigen androhen wollte. Der Zweck dieser Bestimmung ist vielmehr, wie auch die Motive ergeben<sup>17)</sup>, nur der, denjenigen, welchem infolge der unbegründeten Anzeige Kosten erwachsen sind, also der Staatskasse und dem Beschuldigten die Wiedererlangung dieser nutzlos aufgewendeten Kosten von dem Anzeigenden zu ermöglichen.“

Auf erhobene Beschwerde bestätigte die Strafkammer den ergangenen Beschluß mit folgender Begründung:

„Ein Beschluß, welcher gemäß § 501 St. P. O. dem Anzeigenden Kosten auferlegt, bezieht sich ungeteilt auf die Kosten sowohl der Staatskasse als des Beschuldigten. Wenn also — wie im vorliegenden Fall — die Möglichkeit von vornherein nicht zu verneinen ist, daß dem Beschuldigten durch das außergerichtliche Verfahren Kosten erwachsen sind, so steht — mögen auch Kosten der Staatskasse nicht erwachsen sein — nicht fest, daß Kosten überhaupt nicht entstanden sind. Die Begründung des angefochtenen Beschlusses ist hiernach fehlsam. Der entscheidende Teil desselben ist jedoch richtig. Erfahrungsgemäß ist der strafrechtliche Begriff des Betruges, insbesondere die Grenze zwischen demselben und der schuldvollen — wenn auch nicht betrügerischen — Nichterfüllung einer zivilrechtlichen Verbindlichkeit, dem Laien, namentlich wenn er Gläubiger ist, weder geläufig noch leicht verständlich zu machen. Ob der Bescheid, den der Anzeigende auf seine Anzeige vor Anrufung der Staatsanwaltschaft polizeilicherseits erhielt, derartig war, daß jedem der Mangel des Betrugsthatbestandes in dem Verhalten des angezeigten Schuldners einleuchten mußte, ist nicht ersichtlich. Fehlt es hiernach an einer genügend sichern Begründung einer dem Anzeigenden zur Last fallenden groben Fahrlässigkeit, so war der sofortigen Beschwerde, welche eine Anzeige wider besseres Wissen mit Recht nicht geltend gemacht hat, der Erfolg zu versagen.“

Der letztgedachte Grund ist nach meiner Meinung nicht durchschlagend, widerspricht auch der Auffassung der Motive, nach denen

<sup>17)</sup> Was die Motive sagen, s. unten.

gerade der vorliegende Fall unter den § 501 St. P. O. hätte subsumiert werden müssen. Sie sagen<sup>18)</sup>:

„Es ist hierbei — bei § 501 — namentlich an die zahlreichen Fälle gedacht, in denen es sich lediglich um einen zivilrechtlichen Anspruch handelt, der Beteiligte aber eine Denunziation anbringt, weil er durch diese seinen Zweck gleichfalls, und zwar unter Vermeidung der Mühen und Kosten, zu erreichen gedenkt.“

Ferner<sup>19)</sup>:

„Nicht selten wird der Versuch gemacht, die Erhebung einer Zivilklage dadurch zu umgehen, daß man die Einleitung einer Kriminaluntersuchung herbeiführt, weil man auf dem Wege und durch die Mittel einer solchen leichter, müheloser und ohne Aufwendung eigener Kosten zur Befriedigung des Anspruchs zu gelangen hofft. Namentlich werden aus solchen Beweggründen in Fällen, in denen Sozietätsverträge, Geschäftsverbindungen, Auftragsverhältnisse usw. gelöst worden sind, öfter ganz unbegründete Denunziationen wegen Betruges oder Unterschlagung erhoben.“

Hiernach kann über die Absicht des Gesetzgebers wohl ein Zweifel nicht aufkommen. Der Besorgnis, daß die getroffene Bestimmung vielleicht hin und wieder auch von der Anzeige einer wirklich begangenen strafbaren Handlung abhalten werde, setzen die Motive<sup>20)</sup> die Bemerkung entgegen, es könne mit Sicherheit vorausgesetzt werden, daß die Gerichte bei Anwendung dieser Bestimmung mit besonderer Vorsicht verfahren würden und diese Zuversicht des Gesetzgebers hat sich in der Praxis weit über die von ihm gemeinten Grenzen erfüllt.

II. Der Eigentümer eines Hauses machte folgende Anzeige wegen Sachbeschädigung:

Der Schmiedegeselle X und sein Sohn haben mir gemeinschaftlich mutwilligerweise ein Fenster demoliert. Ich bitte usw. (folgt Strafantrag).

In der infolgedessen eingeleiteten Untersuchung gab der An-

<sup>18)</sup> Prot. S. 252, v. Hahn, Materialien S. 296 Bd. I.

<sup>19)</sup> Prot. S. 148, 149, v. Hahn, a. D. I, S. 202.

<sup>20)</sup> v. Hahn, a. D. Bd. I S. 296.

zeiger auf der Polizei folgende Erklärung ab: Der beschuldigte Vater X schlug sich am gedachten Tage mit seiner Ehefrau. „Ihr mitbeschuldigter Sohn Fritz gesellte sich dazu, ergriff einen Stein und warf damit nach seinem Vater, traf aber nicht. Der Stein flog in eine Fensterscheibe meines Hauses und zertrümmerte solche . . .“

Auf Grund dieser Angaben stellte der Staatsanwalt das Verfahren ein und beantragte unter gleichzeitiger Übersendung der polizeilichen Personalakten des — nebenbei bemerkt, mehrfach vorbestraften und als Querulanten bekannten Anzeigers — beim Amtsgericht, den Antragsteller gemäß § 501 St. P. O. die Kosten des Verfahrens aufzuerlegen, da seine Anzeige wider besseres Wissen erstattet sei; weder von einer mutwilligen, noch vor allem von einer gemeinschaftlichen, also beiden Beschuldigten zur Last fallenden, strafbaren Sachbeschädigung könne nach den eignen Erklärungen des Anzeigers die Rede sein, letzterm sei dies auch in Hinblick auf seine ganze Persönlichkeit ohne Frage von vornherein bekannt gewesen. Das Amtsgericht lehnte den Antrag nach Vernehmung des Anzeigers mit folgender Begründung ab:

„Die Thatsache steht fest, daß bei Gelegenheit eines zwischen den beiden Beschuldigten stattgefundenen Streites durch einen von dem strafunmündigen Mitbeschuldigten . . . geworfenen Stein ein dem Anzeiger gehöriges Fenster beschädigt ist. Es ist nun nicht ohne weiteres anzunehmen, daß der Anzeiger, auch wenn demselben bekannt war, daß der Stein nicht absichtlich in das Fenster geworfen und der Mitbeschuldigte (Sohn) . . . erst 11 Jahr alt war, gewußt hat, daß eine fahrlässige Sachbeschädigung oder die Handlung einer noch nicht 12 Jahre alten Person nicht strafbar ist. Auch erscheint die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß der Anzeiger den Beschuldigten . . . (Vater), weil die fragliche Handlung von dessen minderjährigem Sohne begangen war, gleichfalls für strafbar hielt<sup>21)</sup>. Hiernach kann die von dem Anzeiger gegen die beiden Beschuldigten wegen Sachbeschädigung erstattete Anzeige weder als wider besseres Wissen

<sup>21)</sup> Eine Möglichkeit, die wohl gänzlich ausgeschlossen war! Gedacht ist hierbei offenbar, und zwar zu Gunsten des Denunzianten, an die Haftbarkeit des Gewalthabers für die Forstdiebstähle seiner Untergebenen; vergl. §§ 11, 12 des Forstdiebstahl-Gesetzes vom 10. Februar 1877.

gemacht, noch als auf grober Fahrlässigkeit beruhend angesehen werden.“

Auf erhobene sofortige Beschwerde des Staatsanwalts erging folgender, dieselbe zurückweisender Beschluß der Strafkammer:

„Es kann dahingestellt bleiben, ob die erstattete Anzeige wider besseres Wissen gemacht ist oder auf grober Fahrlässigkeit beruht. Denn auch wenn man davon ausgeht, daß diese Voraussetzung zutrifft, so liegt doch keine Veranlassung vor, von der im § 501 St.P.O. beigelegten Befugnis Gebrauch zu machen. Die entstandenen Kosten sind ganz geringfügig — 20 Pf. Schreibgebühr — auch hat der Anzeigende sofort bei seiner ersten Vernehmung den Sachverhalt richtig dargestellt und hierdurch eine weitere Untersuchung überflüssig gemacht<sup>22)</sup>. Daß eine Verurteilung des Anzeigenden in die Kosten nach der Absicht des Gesetzes nur in schwerern Fällen stattfinden soll, beweist die Höhe der für den verurteilenden Beschluß zu erhebende Gebühr (nach § 69 Abs. 2 des Gerichtskostengesetzes im vorliegenden Falle 50 Mark). Die Belastung (des Anzeigers) mit einer solchen Gebühr würde eine Strafe für denselben darstellen, welche zu der Geringfügigkeit des angerichteten Schadens in auffälligem Mißverhältnis stünde. Die Entscheidung des ersten Richters war daher zu bestätigen.“

Wie man sieht, haben beide Gerichtsbeschlüsse dies gemeinsam, daß die Persönlichkeit des Denunzianten, insbesondere seine, durch die Personalakten der Polizei und die amtliche Äußerung des Staatsanwalts hinreichend, sollte ich meinen, nachgewiesene Querulanten-Natur bei Beurteilung der Sachlage völlig außer acht gelassen worden ist. Daß die Begründung des amtsgerichtlichen Beschlusses als eine recht gewundene erscheint, liegt wohl auf der Hand und bedarf des Nachweises weiter nicht. Der zweite Beschluß bietet jedoch noch ein weiteres Interesse: denn in ihm ist klar und deutlich ausgesprochen, daß derjenige, der eine böswillige Anzeige

<sup>22)</sup> Das war tatsächlich insofern nicht ganz zutreffend, als der Anzeiger am Tage nach seiner polizeilichen Vernehmung auf der Polizei nochmals und zwar mit der Meldung erschien, daß der Beschuldigte (Vater) die Scheibe inzwischen habe einsetzen lassen, womit er — Anzeiger — die Sache als erledigt ansehe. Erst hierauf hat die Polizei von der Bornahme weiterer, vom Staatsanwalt verlangten Ermittlungen — selbstverständlich mit Recht — abgesehen.

Zeitschrift f. d. ges. Strafrechtsw. XIII.

macht, aber sofort bei seiner polizeilichen oder gerichtlichen Vernehmung „den Sachverhalt richtig darstellt“, das heißt: statt wie bisher zu lügen, die Wahrheit sagt — und gleichzeitig den beabsichtigten Zweck — Ersatz des Schadens, Zahlung seiner Forderung usw. — durch seine Denunziation erreicht hat, der Gefahr, auf Grund des § 501 St. P. O. verurteilt zu werden, mit Geschick und mit Leichtigkeit zu entgehen vermag — eine willkommene Hintertreppe, die das milde Herz des Richters dem Denunzianten baut und auf welcher letzterer mit heimlicher Freude dem Staatsanwalt entwischt!

„Was die Anwendung der bestehenden Strafgesetze anlangt, so wird darauf hinzuwirken sein, daß die Gerichte bei ihrem Urteil sich nicht von einer falschen Humanität leiten lassen.“ Diese, in Anlaß des Mordprozesses Heinze in Berlin jüngst ergangene kaiserliche Rundgebung trifft durchaus das Richtige und das Wesen der Sache: ich meine, eine strengere Auffassung auch in Ansehung der Anwendung des § 501 St. P. O. ist bei den Gerichten dringend zu wünschen. Nur dann läßt sich hoffen, daß der mit dieser Bestimmung vom Gesetzgeber verbundene Zweck einigermaßen erreicht, zugleich aber auch dem immermehr um sich greifenden Denunziantentum, sowie der jährlichen Steigerung nutzlos aufgewendeter Staatskosten mit Erfolg entgegengetreten werden wird. Bei der jetzigen Auffassung, welche die Gerichte in Bezug auf die Anwendung des § 501 St. P. O. huldigen, darf man sich nicht wundern, wenn die Staatsanwälte, die die Erfolglosigkeit ihres Vorgehens gegen den Denunzianten voraussehen, nur in den aller seltensten Fällen die Bestimmung des gedachten Paragraphen in Antrag bringen. Eine Wendung zum Bessern kann daher nur von den Gerichten selbst ausgehen; den Staatsanwalt werden sie zur Mitarbeit stets bereit finden<sup>23)</sup>!

<sup>23)</sup> Daß seitens der Staatsanwälte alle Mittel zur Bekämpfung des Denunziantentums versucht werden, zeigt eine in diesen Tagen durch die Tagespresse gegangene Notiz, wonach der Erste Staatsanwalt in Glogau eine öffentliche Bekanntmachung erlassen hat. Nach dieser soll die große Anzahl von Denunziationen, die ohne oder mit falscher Unterschrift bei der Staatsanwaltschaft eingehen, und deren Verfasser in den meisten Fällen nur rein persönliche und oft unlautere Zwecke verfolgen, nur dann zu weiteren Maßnahmen anregen, wenn durch anderweit ermittelte Umstände der Inhalt der Anzeigen unterstützt wird. „Wer zu feig ist, um für seine Behauptungen mit seinem Namen einzutreten, begründet den Verdacht der Unglaubwürdigkeit und hat eine Berücksichtigung seiner Anzeige nicht zu beanspruchen.“

Eine wirksamere Handhabe als der § 501 St. P. O. bietet sich im § 35 und 148 Nr. 4 der R. G. O.: auf diese Bestimmungen möchte ich um so mehr hinweisen, als die von mir seit längern Jahren gemachte Anwendung derselben mit sichtbarem Erfolge begleitet gewesen ist. Nach dem citierten § 35 haben alle diejenigen Personen, welche die gewerbsmäßige Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmender Geschäfte, insbesondere die Abfassung der darauf bezüglichen schriftlichen Aufträge übernehmen, die Eröffnung dieses Gewerbebetriebes der zuständigen Behörde anzuzeigen und die Übertretung dieser Vorschrift wird nach § 148 Nr. 4 daselbst mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder im Unvermögensfalle mit Haft bis zu 4 Wochen bestraft. Häufig wiederkehrende, in der äußern Form, sowie in der Wahl des Ausdruckes, des Papiers, der Farbe der Tinte und dergleichen übereinstimmende, vor allem auch an der Gleichartigkeit der Handschrift zu erkennende Anzeigen werden, oft in Verbindung mit dem Umstande, daß lediglich die Unterschrift unter der Eingabe von dem Verletzten herrührt<sup>24)</sup>, dem aufmerksam beobachtenden Staatsanwalt sehr häufig in der Praxis die Vermutung nahe legen, daß ein Dritter die Anzeige verfaßt und der Verletzte, — im weitesten Sinne gefaßt — aus irgend welchen Gründen Veranlassung hatte, nicht selbst als Ankläger der Behörde gegenüber aufzutreten, sondern jenen hiermit zu beauftragen. Aus diesem Umstande ist aber von vornherein in vielen Fällen auf die Unglaubwürdigkeit der erstatteten Anzeige ein um so sichererer Schluß zu ziehen, als jedermann im Publikum weiß, daß irgend welche erheblich erschwerende Formen gesetzlich nicht vorgeschrieben sind, die Strafanzeigen vielmehr in der denkbar einfachsten Weise schriftlich erstattet werden können, der Verletzte hiernach nicht die mindeste Veranlassung hatte, einen andern für sich reden zu lassen.

Stellt nun — was ohne besondere Mühe und Kosten geschehen kann — der Staatsanwalt in allen solchen Fällen bei Ermittlung

<sup>24)</sup> Oft fehlt sogar die eigne Unterschrift des Verletzten. In solchen Fällen hat der Verfasser der Anzeige auch den Namen des Letztern unter das Schriftstück gesetzt und zwar ohne einen das Auftragsverhältnis andeutenden Zusatz. Wiederholt ist nach meinen gemachten Erfahrungen die Dreistigkeit der Winkelkonsulenten und derjenigen, die dazu gehören, sogar so weit gegangen, Anzeigen im Namen Dritter zu erstatten, ohne daß diese einen direkten Auftrag zur Stellung eines Strafantrages oder zum Gebrauch ihrer Unterschrift gegeben hatten.

des Sachverhalts zugleich fest, wer der Verfasser der Anzeige sei, sowie ob dieser vom Verletzten irgend eine Vergütung empfangen oder in Aussicht gestellt erhalten<sup>25)</sup>, eventuell auch, aus welchen Gründen letzterer von der eignen Abfassung der Anzeige Abstand genommen habe<sup>26)</sup>, so bietet sich die eigentümliche Überraschung, daß nicht nur die gewerbsmäßigen Winkeladvokaten zu den Denunzianten gehören, sondern vorzugsweise andre Leute, die neben ihrem eigentlichen Beruf in ihren Kreisen ein oft schwunghaftes und lukratives Nebengewerbe betreiben, indem sie gegen Entgelt alle Arten Anzeigen oder Eingaben an Behörden für Dritte aufsetzen und abfenden. Unter solchen Leuten sind vorzugsweise Schreiber und Buchhalter vertreten, ferner alle Arten Subaltern-Beamten außer Dienst, frühere Agenten oder sonstige Kommis, Kaufleute oder dergleichen Personen mit oft zweifelhafter Vergangenheit: ja sogar aktive Volksschullehrer haben ihren Mitmenschen ihre Dienste zu dem genannten Zweck zur Verfügung stellen und auf diese Weise kraft eigner Selbsthilfe diejenige Erhöhung ihrer Einnahmen vornehmen zu müssen geglaubt, welche ihnen der Staat bisher nach ihrer Meinung mit Unrecht vorenthalten hat. Diese „stillen“ Winkelkonsulenten, wie ich sie nennen möchte, werden in der Praxis meiner Ansicht nach viel zu wenig beachtet, und daher kommt es, daß sie ungestört ihr Unwesen treiben können, zum Schaden des Verletzten und zum Nachteil der Staatskasse!

Solche Personen sind es aber vorzugsweise, welche

„sich damit abgeben, den Parteien schriftliche Vorstellungen und Eingaben zu fertigen, und die selbst ein Gewerbe daraus machen, unwissende Personen zu unnützen und völlig widerrechtlichen Querelen aufzumuntern, Schriften und Suppliken für selbige anzufertigen, oder ihnen auf irgend eine Art in ihrem gesetzwidrigen Beginnen beirätig und behilflich zu sein“<sup>27)</sup>.

<sup>25)</sup> Behufs Prüfung der Frage, ob ein gewerbsmäßiges Anfertigen von Schriftstücken vorliegt.

<sup>26)</sup> Diese Feststellung ist oft für die demnächstige Entschließung des Staatsanwalts ebenso wesentlich wie die Ermittlung der Gründe, weshalb eine Anzeige erst nach Ablauf von Wochen, Monaten oder Jahren seit Begehung der That erstattet wird.

<sup>27)</sup> Worte aus der Bekanntmachung der vormal. Königl. Großbritann.-Han-noverisch-Ostiriesischen Justiz-Kanzlei vom 27. April 1820 (Hannov. Ges.-Samml.

Die sofortige Einleitung einer strafgerichtlichen Untersuchung auf Grund der angezogenen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung ist, wie ich bestätigen kann, stets von heilsamer Wirkung.

Reichsgesetzliche Strafvorschriften gegen das Unwesen des Denunziantentums und der damit in Verbindung stehenden Winkeladvokatur gibt es, abgesehen von den hervorgehobenen Bestimmungen, nicht.<sup>27a)</sup> Dagegen sind die landesgesetzlichen Strafbestimmungen auch unter der Herrschaft des R. St. G. B. in Kraft geblieben; so die wichtigen Bestimmungen der Pr. Allg. Ger.-O. L. III Tit. 1 § 14 Anh. § 440, III 1 §§ 30, 31. So entschied schon das Obertribunal in einer Entscheidung vom 26. September 1851. — Pr. Just.-Min.-Bl. 1852, S. 180, — ferner in: Oppenhoff: XII 268, XIII 129. Vergleiche Rechtsprechung des Reichsgerichts I 406 (3. Straffen. Urteil vom 21. Februar 1880) in einer sächsischen Sache, III 121 (derselbe: Urteil vom 5. März 1881) in einer braunschweigischen Sache, vergleiche I 100 (derselbe: Urteil vom 28. März 1879) in einer preussischen Sache. Im Gegensatz zu der Ansicht des Obertribunals — Oppenhoff I 170 (Urteil vom 6. Dezember 1860) — hat das Kammergericht in einer bemerkenswerten Entscheidung vom 28. Mai 1881 — Johow und Künzel II, S. 288 — angenommen, daß die genannten Strafbestimmungen der Allg. Ger.-O. auch auf die mutwillige und boshafte Behelligung der Staatsanwaltschaft mit Strafanträgen Anwendung finde<sup>28)</sup>.

S. 60), wo zugleich an die Bestimmung Teil II, Tit. 20 u. 176 des Preuß. Landr. erinnert wird; vergl. den „Gemeinen Bescheid der Königl. Justiz-Kanzlei zu Celle, die sogenannte Winkel-Advokatur betreffend, vom 8. Februar 1825“, wo den Gerichten zur Pflicht gemacht wird, das Auftreten der Winkelkonsulenten vor Gericht in fremden Rechts-Angelegenheiten nicht zu gestatten.

<sup>27a)</sup> Auch die neue Novelle zum Wuchergesetz vom 19. Juni 1893 enthält im Artikel III keine Verschärfung der geltenden Bestimmungen. In den seltenen Fällen, wo einem Winkelkonsulenten auf Grund des Abjages 1 des § 35 der Gewerbeordnung die Ausübung seines Gewerbes unterjagt worden, trifft denselben, wenn er dieser Unterjagung zuwiderhandelt, ebenfalls die Strafbestimmung des citierten § 148 Nr. 4 Gew.-Ordg.

<sup>28)</sup> Vergl. noch: Urteil vom 16. März 1853, sowie die bei: Hartmann: Die neben dem Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich geltenden Strafgesetze (Berlin 1873) S. 7 angeführten Entscheidungen, ferner: § 143 der R. J. P. O. Die oben gedachte Ansicht des Kammergerichts ist übrigens später auch vom Obertribunal angenommen worden, so im Urteil vom 8. Februar 1865 und 2. Juli 1873, Oppenhoff: Bd. V, 468 u. XIV, 482.

Die betreffenden Bestimmungen lauten:

Nest hat sich auch das R. G. über die fortdauernde Geltung der gedachten Strafbestimmungen in einem Urtheil vom 23. Februar 1892, 2. Senat, ausgesprochen. Vergl. Goldammer, Archiv Bd. 39, S. 438. Ferner bezüglich des Querulierens bei der Staatsanwaltschaft, Entscheid. Band IX, Seite 357, Nr. 108, II. Straffenat, Urth. vom 28. Dec. 1883.

Eine hochwichtige Handhabe zur Bekämpfung des Denunziantentums hat neuerdings der 4. Senat des Reichsgerichts in seinem Urtheile vom 11. November 1892 — abgedruckt bei Goldammer, Archiv, Band 40 Seite 324 — geschaffen: hier wird die Unterzeichnung einer, eine wahre Anzeige enthaltenden Denunziation mit einem falschen Namen, wenn der Unterzeichner von ihr Gebrauch macht, als Urkundenfälschung für strafbar erachtet.<sup>29)</sup>

Das Bild, welches ich im Vorstehenden in großen Umrissen von dem gefährlichen, die Arbeitskraft der Gerichte und Staatsanwälte erheblich in Anspruch nehmenden sowie die Staatskasse so überaus schädigenden Treiben des Denunziantentums zu entwerfen versucht habe, würde unvollständig erscheinen, wenn ich nicht noch folgende Bemerkungen ergänzend hinzufügte: Ein Hauptschauplatz für die Thätigkeit der Winkelkonsulenten und ihres Anhanges sind naturgemäß die

§ 30. Diejenigen Parteien, welche sich der vorgeschriebenen Ordnung nicht unterwerfen, sondern entweder die Collegia oder deren Vorgesetzte mit offenbar grundlosen und widerrechtlichen Beschwerden gegen bessere Wissenschaft und Überzeugung belästigen, oder nachdem sie ihres Unrechtes gehörig bedeutet worden, mit ihren Klagen dennoch fortfahren und durch widerholtes ungestümes Suppliren etwas, so gegen Recht und Ordnung ist, durchzusetzen und zu erzwingen suchen; oder die endlich gar das Justizdepartement oder Sr. Königl. Majestät Allerhöchste Person mit falschen und unrichtigen Darstellungen ihrer Angelegenheiten, oder mit unwahren und erdichteten Beschuldigungen und Berunglimpfungen der Collegien und Gerichte zu behelligen sich unterfangen, sollen als mutwillige oder bosshafte Querulanten angesehen, ihnen der Prozeß gemacht, oder über ihre Bestrafung rechtlich erkannt werden.

§ 31. Gegen einen solchen unbefugten Querulanten soll, nach Beschaffenheit der Umstände, des mehr oder minder offenbaren Unglaubens seiner Beschwerden und des dabei erwiesenen Grades von Bosheit und Hartnäckigkeit, Gefängnis, Festungs- oder Zuchthausstrafe — (jetzt: Gefängnis, vergl. Art. VIII, Abs. 2, Art. IX, Abs. 2 des Einführ.-Ges. zum Pr. St. G. B. vom 14. April 1851, § 6 des Einführ.-Ges. zum R. St. G. B.) — von 14 Tagen bis zu 6 Monaten stattfinden.

<sup>29)</sup> In dem neuesten Bande (XXIII) der Entscheidungen leider nicht abgedruckt. Vergleiche übrigens: Daselbst Nr. 81, Seite 249, Dritter Straffenat, Urtheil vom 13. Oktober 1892; ferner Band XVI, 393.

Gerichte, insbesondere die Schöffengerichte: hier liegt bekanntlich der Schwerpunkt der Strafjustiz, hier pulsiert so recht des Volkes Seele und die ganze Stufenleiter menschlicher Leidenschaften, hier tobt der ewige Kampf des Rechts gegen das Unrecht, hier ist aber auch zugleich die Stelle, wo der Winkelkonsulent seine Hebel in kluger Berechnung wieder einsetzt, spekulierend auf die Sucht des Menschen, das angeblich verletzte Rechtsgut bis aufs äußerste zu schützen und das oft sehr fragwürdige „Recht“ mit Zähigkeit zu verteidigen. Sobald drinnen im Gerichtssaal die Redeschlacht der Parteien beendet, stürzen sich die Winkelkonsulenten draußen auf den Gängen auf ihre Opfer, drängen sich an debattierende Gruppen und bieten Rat und Hilfe in juristischen Angelegenheiten an. Der Ort, wohin die Opfer geschleppt werden, ist gewöhnlich eine benachbarte Kneipe, wo die Erlebnisse des Termins erörtert und bei Bier und Schnaps von den hilfsbereiten Ratgebern sogleich allerhand Schriftsätze — enthaltend Einlegung von Rechtsmitteln, Gnaden- und Strafbefristungsgesuche und vor allem: Meineidsanzeigen gegen unbequeme Zeugen — gegen klingende Münze aufgesetzt zu werden pflegen.

Andre wiederum, namentlich diejenigen, von denen die Denunziation ausgegangen ist, nehmen im Zuschauerraum Platz, angelockt nicht nur durch das Bestreben, ihre Unkenntnis durch begieriges Haschen nach den juristischen Brocken, welche von des Gerichts, des Staatsanwalts und des Verteidigers Tische fallen, auszufüllen, sondern auch durch das lebhafteste Interesse, welches sie für die Entwicklung der Sache und deren schließlichen Ausgang naturgemäß zu empfinden pflegen. Hier entwickeln nun die Winkelkonsulenten und die mit ihnen meist unter einer Decke spielenden, unter der Bezeichnung „Kriminalstudenten“ bekannten Personen eine Thätigkeit, die nicht minder eine gefährliche genannt zu werden verdient und die man beim Mangel eines passenden Ausdrucks wohl „Zwischenträgerei“ nennen könnte. Der aufmerksame Beobachter bemerkt nämlich im Zuschauerraum nicht nur ein fortwährendes Kommen und Gehen, sondern er entdeckt auch bald, daß es stets dieselben Gesichter wieder sind, welche zu bestimmten Zeiten und zu bestimmten Zwecken den Gerichtssaal verlassen und nach einer Weile wieder an ihren Platz zurückzukehren pflegen. In der weiteren Verhandlung stellt sich dann auf Anregung des Staatsanwalts heraus, daß die außerhalb des Gerichtssaals, meist auf den Korridoren wartenden Zeugen in eingehendster Weise über die Angaben des Angeklagten

sowie der bereits vernommenen Zeugen, kurz über den ganzen Inhalt der bisherigen Verhandlung instruiert worden sind. Gibt es dagegen keine Abhilfe? Die Antwort kann nur verneinend lauten.<sup>30)</sup> Die einzige hier in Betracht kommende Bestimmung des § 176 des Gerichtsverfassungsgesetzes — Reichsgesetz vom 5. April 1888 —, wonach der Zutritt zu öffentlichen Verhandlungen Personen versagt werden kann, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, hat so gut wie gar keine praktische Bedeutung. Daß solche Personen sich gerade unter den Winkelkonsulanten und denjenigen, die dazu gehören, befinden, ist selbstverständlich: allein eine Revision des anwesenden Publikums in dieser Beziehung durch den Richter unter Zuhilfenahme des Staatsanwalts kommt wohl selten vor, ist auch unausführbar, weil die Zuschauer meist von Stunde zu Stunde zu wechseln pflegen, anderseits die sofortige Feststellung, ob dem leugnenden Winkelkonsulenten thatsächlich jener Makel noch anhaftet, ganz unmöglich sein wird. Ich würde mit Freuden eine gesetzliche Bestimmung dahin begrüßen, daß gewerbsmäßigen Winkelkonsulanten sowie denjenigen, welche es sich zum Geschäft machen, fremde Rechtsangelegenheiten zu besorgen oder ändern in dieser Beziehung behilflich zu sein, der Zutritt zu öffentlichen Gerichtsverhandlungen verboten würde.<sup>31)</sup>

Mit dem dauernden Fernhalten dieser Leute aus den Gerichtsfällen wäre ihrer verderblichen Thätigkeit und vor allem ihrer bedenklichen praktischen Ausbildung von vornherein der Boden entzogen.

Nicht selten kommt es vor, daß die Winkelkonsulanten in der Anzeige sich selbst als Zeugen benennen oder im Laufe der Untersuchung oder der Verhandlung sich als Zeugen benennen lassen. Hier hat sich nun ein gefährlicher, die Staatskasse erheblich schädigender Sport entwickelt, welcher namentlich auch von denjenigen zahlreichen und meist beschäftigungslosen Personen betrieben wird, welche überall als Eideshelfer oder Kronzeugen auftreten, ja öfters

<sup>30)</sup> Von dem möglichen Gesichtspunkt der Verleitung zum Meineide oder der Begünstigung natürlich abgesehen.

<sup>31)</sup> Dazu wäre allerdings erforderlich, daß sie als Winkelkonsulanten usw. dem Richter bekannt sind. Dies läßt sich jedoch in einfachster Weise dadurch bewirken, daß diejenigen Personen, welche gemäß § 35 der Gewerbeordnung von dem Beginn ihres Gewerbes Anzeige machen, in ein Verzeichnis gebracht würden und die Mitteilung des letzteren an den Staatsanwalt beziehungsweise an die Gerichte durch die zuständige Behörde erfolgte.

an einem einzigen Tage mehrmals die Rolle des Angeklagten mit derjenigen eines Zeugen und umgekehrt zu wechseln pflegen. Diese Subjekte beuten nämlich in solchen Fällen die meist lange Dauer der Gerichtssitzungen in der Weise aus, daß sie, nachdem beispielsweise die Verhandlung, in welcher sie als Zeugen vernommen wurden, um 11 Uhr vormittags beendet, unbemerkt im Zuschauerraum Platz nehmen, dort das Ende der Gerichtssitzung — Spätnachmittag — abwarten und sich sodann für den ganzen Tag Zeugengebühren von der Gerichtskasse auszahlen lassen, während sie in Wahrheit höchstens für wenige Stunden Anspruch auf Gebühren erheben konnten. Diesem Unfug läßt sich am einfachsten dadurch begegnen, daß auf die sogenannte Zeugenliquidation genau die Dauer der Vernehmung und die Zeit und Stunde der Entlassung des Zeugen gerichtsseitig eingetragen würde. Der Versuch, für eine längere Zeit als die vermerkte, Zeugengebühren zu erheben, würde dann die sofortige Einleitung der strafgerichtlichen Untersuchung wegen Betrugsversuchs nach sich ziehen. Leider sind derartige Betrugshandlungen zum Nachteil der Staatskasse ganz außerordentlich häufig.

Nach den vorstehenden Ausführungen wird man dem Staatsanwalt wohl die Anerkennung nicht versagen, daß er ein wachsameres und offenes Auge hat für die Ursachen der schweren Schäden, die der Staatskasse täglich zugefügt werden, daß er allein aber bei dem jetzigen Stande der Gesetzgebung sowie bei der mangelnden Unterstützung seitens der Gerichte hinreichende Abhilfe, so gern er es vermöchte, nicht zu schaffen vermag. Zugleich mag aber denjenigen, welche für etwaige Übelstände auf dem Gebiete der Strafrechtspflege weniger sich selbst als vielmehr stets den Staatsanwalt als selbstverständlichen Sündenbock verantwortlich machen, die vorstehende Entgegnung zeigen, daß man den letztern zur Abwehr und Verteidigung stets gerüstet finden wird!

Ich schließe mit dem Wunsche, daß die vorstehenden Zeilen Berücksichtigung finden, namentlich auch in der Praxis für das Denunziantentum ein größeres Interesse als bisher wahrufen mögen: für das Publikum, für die vielbeschäftigten Gerichte, für den überlasteten Staatsanwalt und die arg in Anspruch genommene Staatskasse wird der günstige Erfolg nicht ausbleiben!